



# #PohlerMail

Maximilian Pohler, CDU-Kreisvorsitzender

Braunschweig, im August 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Terrortat von Solingen schockiert und macht uns sprachlos.

Für mich, der selbst für den Rechtsstaat tätig ist, diesen immer verteidigt und fest an ihn glaubt, ist das vergangene Wochenende einmal mehr eine staatliche Bankrotterklärung. Positiv hervorzuheben ist einzig die Polizei, die den Täter innerhalb kürzester Zeit festgenommen, die die Opfer notversorgt und weitere Menschen geschützt hat. Genau diese Polizei, die nicht selten schlechtgeredet und verunglimpft wird – von Linken wie von Rechten.

Ernüchterung macht sich breit. Warum schafft es ein Land wie Deutschland nicht, das Thema illegale Migration in den Griff zu bekommen und diejenigen abzuschieben, die hier gegen all das kämpfen, was wir Freiheit nennen? Warum schaffen wir es nicht, dem Islamismus kraftvoll entgegenzutreten?

Die Terrortat von Solingen muss eine Wende in der Migrationspolitik unseres Landes bedeuten. So wie bisher können wir nicht weitermachen. Die Vorschläge von Friedrich Merz sind richtig. Es muss endlich Schluss sein mit Beschönigungen und Parteitaktik. Das hat weniger mit den Wahlen in Ostdeutschland zu tun, mehr mit unserer politischen Verantwortung vor dem deutschen Volk. Es ist Aufgabe von Politik, unser Land zu schützen, um unsere Freiheit zu bewahren. Was heißt das konkret?

Für die Bundespolitik:

Es müssen weniger, bestenfalls keine illegalen Migranten zu uns kommen. Die Dublin-III-Verordnung muss umgehend wieder in Kraft gesetzt werden. Wer in Bulgarien, in Italien oder in Griechenland

europäischen Boden betritt, der muss auch dort seinen Antrag auf Schutz stellen. Das mag unsolidarisch klingen, ist aber die einzige Chance, die Lage in den Griff zu bekommen. Hierzu zählt, dass wir das längst existente Rückführungssystem innerhalb Europas umsetzen. Bulgarien hätte den Attentäter von Solingen zurücknehmen müssen.

Wir müssen unsere europäischen Partner an den Außengrenzen personell und finanziell unterstützen, die Verwaltungsverfahren und den Rechtsweg verkürzen. Und ja, wir müssen die beschlossenen europäischen Maßnahmen des GEAS (Gemeinsames-Europäisches-Asyl-System) viel schneller als geplant umsetzen. Dazu zählt, Frontex zu stärken, Auffangeinrichtungen an den Außengrenzen aufzubauen, Drittstaatenabkommen zu schließen und Schlepper effektiv zu bekämpfen.

Die Drittstaatenabkommen sind der wohl sinnvollste Weg, illegale Migration zu begrenzen – Stichwort Migrationsdiplomatie! Das EU-Türkei-Abkommen wurde von einer CDU-geführten Bundesregierung verhandelt und führte spürbar zu einer Reduktion der Ankunftsahlen. Fragt sich nur, wer diese Verhandlungen aus der angeschlagenen Ampelregierung mit Ländern in Afrika oder dem Nahen Osten führen soll?

Die illegale Migration ist ein europäisches Problem, das sich in den Mitgliedsstaaten massiv negativ auswirkt. Doch auch vor Ort, in den Kommunen und in den Ländern, muss einiges getan werden.

Für die Länder und Kommunen:

Wir brauchen dringend mehr Prävention in den Flüchtlingsunterkünften vor Islamismus, eine Polizei und Justiz, die im 21. Jahrhundert auch mit den Fähigkeiten des 21. Jahrhunderts ermitteln darf. Dazu gehört Künstliche Intelligenz, dazu gehört die Vorratsdatenspeicherung, dazu gehört ein robustes Auftreten unserer Sicherheitskräfte und eine konsequente Rechtsdurchsetzung.

Wir müssen endlich „im großen Stil abschieben“, so wie es der Bundeskanzler vor über einem Jahr angekündigt hat – inklusive Abschiebehaft. Auch das klingt hart, ist aber die notwendige Konsequenz, die einen Rechtsstaat auszeichnet.

Wir werden als CDU Braunschweig noch stärker als bisher, die illegale Migration in den Fokus nehmen. Die Integrationskraft der Kommunen ist längst am Ende. Wichtig ist uns, die sogenannten Pull-Faktoren zu reduzieren. Dazu zählt auch die Einführung der

Bezahlkarte, die Bargeldüberweisungen ins Ausland verhindert. Niedersachsen handelt, bedingt durch die Grünen, bisher nicht; im Braunschweiger Rat wurde der CDU-Antrag auf Einführung der Bezahlkarte nach politischer Verunglimpfung durch die grüne Bürgermeisterin auch von der SPD abgelehnt.

Neben der Bezahlkarte setzen wir uns für ein Ende der durch die Stadt Braunschweig finanzierten „Rettungsschiffe“ im Mittelmeer ein, die den Menschen suggerieren, sie könnten alle zu uns kommen. Aus unserer Sicht ist das ein lebensgefährliches System, dass zu mehr Toten im Mittelmeer führt und den kriminellen Schleppern in die Hände spielt.

Friedrich Merz hat gesagt: Es reicht. Und er hat recht. Es reicht aber schon seit langer Zeit. Jeder, der sich nur ansatzweise mit illegaler Migration befasst hat, konnte absehen, was aus dieser Form von Kontrollverlust ab 2015 werden würde. Die CDU hat hier große Fehler gemacht, die Ampel verschärft sie von Tag zu Tag.

Unser Land und unser Europa bedeuten Freiheit. Ich will, dass das so bleibt. In Deutschland leben Millionen Christen und Muslime friedlich miteinander. Auch das muss so bleiben. Einen Generalverdacht für alle Muslime und Migranten darf es niemals geben.

Mit der nötigen Konsequenz gegenüber denjenigen, die hier alles mit Füßen treten, schützen wir aber diejenigen, die Teil unseres Landes sein wollen und sind; die unsere Regeln akzeptieren und echte Freiheit wollen.

Deswegen müssen wir unseren Rechtsstaat endlich stärken. Ich bin überzeugt, dass das nur in einer breit angelegten, politischen Geschlossenheit gelingen kann. Bundeskanzler Scholz ist jetzt gefragt, er muss die ausgestreckte Hand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion annehmen und sich von den grünen und teils roten Ideologen seiner Ampel-Koalition lösen. Die Abstimmung im Bundestag für weitere Gesetzespakete zur Inneren Sicherheit und zur Stärkung des Rechtsstaates muss freigegeben werden.

Es geht nicht um Parteitaktik, sondern um den Zusammenhalt in unserem Land, um Sicherheit und den Fortbestand unserer Demokratie. Wir müssen jetzt endlich aufwachen.

Ihr Maximilian Pohler

